

II—4661 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/85-Parl/1978

Wien, am 18. Jänner 1978

An die
PARLEMENTSDIREKTION

Parlament
1017 W i e n

2201/AB
1979 -01- 24
ZU 2241/J

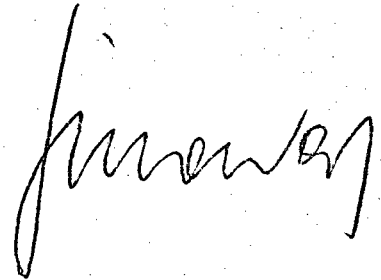
Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 2241/J-NR/78, betreffend Werbung von Sekten vor
Schulen, die die Abgeordneten PETER und Genossen am
7. Dezember 1978 an mich richteten, beehre ich mich wie
folgt zu beantworten:

Das in § 46 Abs.3 Schulunterrichtsgesetz
normierte Verbot der Werbung für schulfremde Zwecke
erstreckt sich lediglich auf die Schulliegenschaft,
nicht aber auf angrenzende Verkehrsflächen. Da aber
die Werbetätigkeit verschiedener Interessensgruppen
auf Verkehrsflächen durch Verteilung von Broschüren,
Flugzetteln, etc. gemäß § 82 StVO einer Bewilligung
bedarf, wurde das Bundesministerium für Verkehr um
Stellungnahme ersucht, welche Möglichkeiten der
Beeinflussung solcher Aktivitäten in Schulumnähe im
Rahmen der StVO offenstehen (siehe Beilage 1). Ebenso
darf ich auf einen dieses Problem behandelnden Erlaß
des Stadtschulrates für Wien verweisen, der in Kopie
beiliegt (siehe Beilage 2).

- 2 -

Seitens der Schulen und der Schulverwaltung wird durch eine entsprechende Aufklärung der Schüler getrachtet, der Wirksamkeit derartiger Einflüsse vorzubeugen.

Beilagen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. J. J. J.', is written on the right side of the page.

BUNDESMINISTERIUM
FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Beilage 1

Zl. 20.708/15 - 4/78

An das
Bundesministerium für Verkehr

in W I E N

Betr.: Werbetätigkeit diverser Interessensgruppen in Schulsnähe -
Anfrage an das Bundesministerium
für Verkehr

Im Hinblick auf die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit diskutierten Einflußnahmen auf Schüler in der Nähe des Schulhauses durch Werber diverser Interessensgruppen z.B. Leuten, die auch Druckwerke (Flugzettel, Broschüren, etc.) verteilen, beehrt sich das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf die seinerzeitige Kontaktnahme mit den Straßenverkehrsbehörden zurückzukommen, welche etwa folgendes ergab:

Nach den Bestimmungen des § 82 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO.1960), BGBl.Nr. 159/1960, id.g.F., ist für die Benützung von Straßen einschließlich des darüber befindlichen, für die Sicherheit des Straßenverkehrs in Betracht kommenden Luftraumes zu anderen Zwecken als zu solchen des Straßenverkehrs eine Bewilligung erforderlich, zu deren Erteilung in Wien die Magistratsabteilung 35 - G, Wien 12, Theresienbadgasse 3, zuständig ist. Laut Mitteilung der MA 35 - G wird die Bewilligung zur Verteilung von Druckwerken, insbesondere von Zeitungen, unter anderem mit der Auflage erteilt, daß bei dieser Tätigkeit das Stehenbleiben vor

Schulen und in deren nächster Umgebung verboten ist. Unter der "nächsten Umgebung" der Schule ist jener Bereich zu verstehen, der durch das Zu- bzw. Abströmen von Schülern in verkehrsmäßiger Hinsicht vornehmlich betroffen ist bzw. in welchem durch etwa auftretende Lärmentwicklung der Unterricht gestört werden kann.

Falls die Schuldirektionen gegen eine allfällige Verteilung von Druckwerken Bedenken hegen, haben sie die Möglichkeit, beim zuständigen Bezirkspolizeikommissariat um Abhilfe zu ersuchen. Insbesondere wird noch bemerkt, daß nach den Bestimmungen des § 10 des Pressegesetzes, BGBl. Nr. 218/1922, Personen unter 18 Jahren Druckwerke auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten weder vertreiben noch unentgeltlich verteilen dürfen.

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst beehrt sich um Mitteilung zu ersuchen, ob auf die entsprechenden Vorkommnisse bedenklicher Werbung, Verteilung von Druckwerken an Schüler etc. in der Nähe des Schulhauses im Rahmen der Straßenverkehrsordnung allgemeiner Einfluß genommen werden kann.

Wien, am 20. Dezember 1978

Für den Bundesminister:

Dr. HOSCH-MERKL

Beilage 2

S T A D T S C H U L R A T F Ü R W I E N

Zl. IV - 148/68

Wien, 28. November 1968

Verteilung von Druckwerken vor der Schule

An die Direktionen der allgemeinbildenden höheren und
berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

Aus gegebenem Anlaß wird bezüglich der Verteilung von Druckwerken vor der Schule folgendes bekanntgegeben :

Nach den Bestimmungen des § 82 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 - StVO. 1960), BGBl. Nr. 159/1960, ist für die Benützung von Straßen einschließlich des darüber befindlichen, für die Sicherheit des Straßenverkehrs in Betracht kommenden Luftraumes zu anderen Zwecken als zu solchen des Straßenverkehrs eine Bewilligung erforderlich, zu deren Erteilung in Wien die Magistratsabteilung 35 - G, Wien, 12, Theresienbadgasse 3, zuständig ist. Laut Mitteilung der MA 35 - G wird die Bewilligung zur Verteilung von Druckwerken, insbesondere von Zeitungen, unter anderem mit der Auflage erteilt, daß bei dieser Tätigkeit das Stehenbleiben vor Schulen und in deren nächster Umgebung verboten ist. Unter der "nächsten Umgebung" der Schule ist jener Bereich zu verstehen, der durch das Zu- bzw. Abströmen von Schülern in verkehrsmäßiger Hinsicht vornehmlich betroffen ist bzw. in welchem durch etwa auftretende Lärmentwicklung der Unterricht gestört werden kann.

Falls die Schuldirektionen gegen eine allfällige Verteilung von Druckwerken Bedenken hegen, haben sie die Möglichkeit, beim zu-

ständigen Bezirkspolizeikommissariat um Abhilfe zu ersuchen. Insbesondere wird noch bemerkt, daß nach den Bestimmungen des § 10 des Pressegesetzes, BGBl.Nr. 218/1922, Personen unter 18 Jahren Druckwerke auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten weder vertreiben noch unentgeltlich verteilen dürfen.

Für den Amtsführenden Präsidenten :

Dr. EGGHARD
(Senatsrat)

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung :

Kremmer
Kzl.Koär.